

blem der gesellschaftlichen Entwicklung, als notwendigen Bestandteil und einen Hebel der Lösung der Aufgaben beim umfassenden sozialistischen Aufbau sowie als wichtigen Schritt zur Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie und zur Stärkung der sozialistischen Gesellschaftsordnung erkannten.

Eine besonders große Aktivität wurde vom Freien Deutschen Gewerkschaftsbund entwickelt. Ihm gelang es, an große Teile der Arbeiterklasse die Fragen unseres Rechts, seine Bedeutung für die Lösung der volkswirtschaftlichen Aufgaben und die Entwicklung neuer sozialistischer Beziehungen der Menschen zur Arbeit, zu ihrem Staat und zueinander heranzutragen.

In vielen Brigade- und Gewerkschaftsversammlungen verwiesen Arbeiter mit großer Befriedigung darauf, daß ihre Erfahrungen bei der Entwicklung neuer sozialistischer Beziehungen der Menschen zur Arbeit und zu ihrem Staat sowie die Erfolge in der Tätigkeit der Konfliktkommissionen bei der kollektiven gesellschaftlichen Selbsterziehung in den Vorschlägen des Staatsrates ihre Verallgemeinerung für die Weiterentwicklung der gesamten sozialistischen Rechtspflege gefunden haben. In einer großen Anzahl Betriebe war die Beratung über die Vorschläge des Staatsrates mit der kritischen Auseinandersetzung über den Stand der Planerfüllung, der Entwicklung der Arbeitsproduktivität und der Ausnutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts verbunden. Viele gute Hinweise zur Erhöhung der Produktion, zur Verbesserung der Tätigkeit der Konfliktkommissionen, ihrer Anleitung durch die Gewerkschaft und ihrer Unterstützung durch die Betriebsleitungen wurden gegeben.

Die große Initiative vieler Ausschüsse der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und die Aktivität der in ihr vereinten demokratischen Massenorganisationen haben bedeutend dazu beigetragen, auch in den Wohngebieten der Städte und Gemeinden eine lebhaft diskutierte Diskussion über die Grundsätze des Erlasses des Staatsrates zu entwickeln.

In zahlreichen Gemeindevertretungen, Kreistagen und Bezirkstagen berieten die Abgeordneten über erste Schlußfolgerungen, die sich aus den Vorschlägen des Staatsrates für ihre Tätigkeit bei der Entwicklung eines hohen Staats- und Rechtsbewußtseins der Bürger und der Mobilisierung aller gesellschaftlichen Kräfte für den Kampf gegen Rechtsverletzungen, besonders gegen Verbrechen und Vergehen, und die Überwindung ihrer Ursachen ergeben. Besonders in zahlreichen Gemeindevertretungen wurde darüber beraten, wie auch durch die stärkere Entwicklung eines kulturvollen Lebens dazu beigetragen werden kann, das sozialistische Zusammenleben der Menschen zu entwickeln und begünstigende Bedingungen für Rechtsverletzungen zu beseitigen.

Neben größeren Foren, z. B. in Rostock, Dresden, Greifswald, Halle, Thale, Schwarzheide und Greiz, sowie zahlreichen Versammlungen